

Jörg Hofmann
Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg



Kundgebung am 1. Mai 2011 in Stuttgart

Inhaltsverzeichnis

1. Fukushima
2. Finanzmarktkrise und die Lehren
3. Perspektiven der Jugend
4. Niedriglohnsektor einschränken, Equal Pay durchsetzen
5. Auswirkungen des Shareholder Value, mehr Demokratie und Mitbestimmung
6. Friedenspolitik und Kampf gegen neonazistische Umtriebe

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die atomare Katastrophe in Fukushima hat die Welt erschüttert. Immer noch besteht die Gefahr einer Kernschmelze. Aber klar ist: Die Kernschmelze der politischen Verantwortung hat längst stattgefunden.

Jeder hätte es wissen können: Atomkraft lässt sich nicht beherrschen. Wir müssen aussteigen und zwar so schnell wie möglich!

Jetzt werden Todeszonen festgelegt, in denen Menschen nicht mehr wohnen dürfen. Erst 10 Kilometer im Umkreis, dann 20, dann 30 und mehr. So etwas darf nie mehr passieren: Weder in Japan noch anderswo!

Ich habe auch die Menschen vor Augen, die in dieser Hölle retten sollen, was kaum zu retten ist. Ich habe die Menschen vor Augen, die den heimtückischen Strahlenfolgen ausgesetzt sind. Sie werden mit ihrer Gesundheit, den Preis für die Verantwortungslosigkeit anderer zahlen müssen.

Es ist eine Wahnvorstellung, zu glauben, Atomkraft sei beherrschbar.

Atomenergie, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat keine Zukunft!

Abschalten ist die Devise und ein möglichst schneller Umstieg in eine Energieversorgung ohne Atomstrom. Dies verlangen wir von der Bundesregierung, aber auch von der neu gewählten Landes-

regierung. Baden-Württemberg muss zu einem Musterland einer nachhaltigen Energiepolitik werden. Dazu gehören aber mehr als Absichtserklärungen.

Wer den Umbau will und wir als Gewerkschaften wollen ihn, der muss auch belastbare Konzepte vorweisen: Investitionspläne in Wind- und Wasserkraft, Kraft-Wärme-Kopplung und Solar, Bereitstellung von Speicherkapazitäten, etwa durch Pumpspeicherwerke und die notwendige Erweiterung der Netze, um nur einige notwendige Rahmenbedingungen zu nennen.

Dazu gehört auch ein Mehr an Energieeffizienz, etwa durch die Förderung der Altbausanierung, aber auch in der Industrie.

Hier braucht es Planungssicherheit – auch was die Energiekosten der Zukunft angeht.

Und wir brauchen klare Aussagen, was dieser Umbau für die Beschäftigung im Lande, auch die Beschäftigten der Energiewirtschaft, bedeutet.

Ich bin überzeugt: Der Umbau ist machbar, wenn nicht die Profite der Energiekonzerne im Mittelpunkt stehen, sondern die Politik den Regulationsrahmen bestimmt.

Und wenn die Menschen mitgenommen werden, Planungssicherheit besteht, auch Sicherheit für ihre Arbeitsplätze.

Kolleginnen und Kollegen,

zu einem GAU, einem größten anzunehmenden Unfall, kam es auch in der kapitalistischen Ökonomie.

Die gesamte Wirtschafts- und Finanzkrisenpolitik verläuft ähnlich wie der verzweifelte Versuch, mit Meerwasser die Brennstäbe unter Kontrolle zu bekommen. Man fummelt an den Symptomen herum, ohne das eigentliche Problem zu lösen.

Ich bin überzeugt: Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel in Wirtschaft und Politik. Nicht morgen oder übermorgen, sondern hier und jetzt!

Ich frage: Haben Kapital und Regierung aus der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise gelernt?

Wurden die Verursacher zur Kasse gebeten?

Mussten die Verantwortlichen Rechenschaft abgeben?

Die Antwort ist ein dreifaches Nein.

Die Bundesregierung ist einfach zur Tagesordnung übergegangen.

Ein globaler Finanz-GAU kann sich jederzeit wiederholen, weil keine Lehren gezogen wurden.

Bis heute wurden Finanzmärkte und Spekulation nicht gebändigt. Bis heute wurde kein Spekulant zur Rechenschaft gezogen.

Und bis heute haben die Verursacher keinen einzigen Cent gezahlt.

Wenn uns Regierungen und ihre „Experten“ weismachen wollen, die Finanzkrise sei Schnee von gestern, dann ist das Volksverdummung.

Der „Schnee von gestern“ rollt heute als Schuldenlawine über Europa.

Diese Lawine droht, ganze Staaten in den Bankrott zu reißen.

Auch in Deutschland spüren wir die Folgen.

Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst werden vernichtet, bei Bildung wird gekürzt, Schwimmbäder werden geschlossen und marode Straßen nicht repariert.

Nicht die Beschäftigten, die Rentner, die Arbeitslosen und Kranken haben die Löcher in die öffentlichen Kassen gerissen.

Es sind die Folgen der weltweiten Finanzspekulation.

Und die sind nicht wie ein Tsunami, als Naturgewalt, über uns gekommen.

Die Finanzspekulation ist Menschen gemacht. Sie wurde erst von den Regierungen durch Deregulierung möglich gemacht.

Und was Menschen gemacht ist, kann auch von Menschen geändert werden.

Es muss Schluss sein mit einer Politik, die die Interessen der Kapitaleigner, der Finanzspekulant*innen und der Atommonopole vor die Interessen der Bevölkerung stellt.

Wir fordern von der Politik ein:

Reguliert endlich die Finanzmärkte.

Stoppt die Spekulation, etwa durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und einen TÜV für Finanzprodukte.

Sorgt dafür, dass die Verursacher der Krise für die Folgen der Krise zahlen.

Das ist unsere Botschaft an diesem 1. Mai.

Kolleginnen und Kollegen,

wohin führt es denn, wenn Wirtschaft und Gesellschaft alleine den blinden, gewinnorientierten Mechanismen des Marktes und dem Dogma der Wettbewerbsfähigkeit ausgeliefert sind?

Es heißt: Der Jugend gehört die Zukunft.

Aber Markt*radikalismus zerstört die Zukunftschancen der Jugend.

Der Arbeitsmarkt für viele junge Menschen sieht doch so aus: Befristete Arbeitsverträge, Dauerpraktika, Leiharbeit, keine oder nur befristete Übernahme, Phasen der Arbeitslosigkeit werden abgelöst durch Phasen unsicherer Beschäftigung.

Das waren früher Randerscheinungen. Heute ist das Dauerzustand für viele Junge. Vier von zehn junge Menschen arbeiten in prekären Jobs. Jeder vierte junge Mensch in Deutschland lebt unter der Armutsgrenze.

So raubt man den jungen Menschen jede Grundlage für eine selbstbestimmte Lebens- und Berufsplanung.

Gegen diese Verrohung des Arbeitsmarktes müssen und werden wir uns wehren.

Wir dürfen nicht zulassen, dass jungen Menschen alle Zukunftschancen verbaut werden.

Auch hier haben wir klare Erwartungen an die neue Landesregierung

Kleinere Klassen und weniger Unterrichtsausfall, längeres gemeinsames Lernen, weniger soziale Auswahl, mehr individuelle Förderung, richtige Ganztagschulen, mehr Zeit zum Lernen, statt Turbo-Gymnasien, Schulsozialarbeit, mehr Autonomie für die Schulen, Ausbau des beruflichen Schulwesens, Abschaffung der Studiengebühren, eine bessere Lehrerversorgung und anderes mehr.

Die Bildungschancen sind in Baden-Württemberg viel zu sehr von der sozialen Herkunft abhängig.

Die grün-rote Regierungskoalition ist angetreten die Bildungslandschaft zu reformieren, und das ist gut so!

Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Stärkung der beruflichen Schulen entspricht durchaus der gewerkschaftlichen Forderung, die berufliche Bildung stärker ins Blickfeld der Landespolitik zu rücken: Alle Jugendlichen, die dies wünschen, müssen einen qualifizierten Ausbildungsplatz bekommen und dann auch übernommen werden und dies unbefristet !

Jugendliche brauchen nicht irgendwelche Angebote, Warteschleifen oder Parkplätze – sie brauchen Ausbildungsplätze und gute Arbeit!

Dafür werden wir uns nach wie vor mit aller Kraft einsetzen!

Wer die Jugend nicht ausbildet, der hat kein Recht, über den Facharbeitermangel zu jammern!

Und es kann nicht akzeptiert werden, dass 1,5 Millionen Menschen zwischen 19 und 29 Jahren in Deutschland keinen Ausbildungsabschluss haben.

Wer bei der Kinderbetreuung nicht endlich die Voraussetzungen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schafft, der darf sich auch nicht wundern, wenn die bestausgebildete Frauengeneration zu Hause bleibt!

Das sind die Hebel, um einem möglichen Fachkräftemangel vorzubeugen.

Kolleginnen und Kollegen,

Es gibt Menschen in Deutschland, die sich gewiss keine Sorgen um die Zukunft machen.

Spitzenmanager, Großaktionäre, Finanzspekulanten, sie alle profitieren prächtig vom Aufschwung.

Aber ist das ein Aufschwung für alle?

Die Beschäftigten haben mit ihren Opfern in der Krise und mit ihrer Arbeit diesen Aufschwung erst möglich gemacht.

Und was ist der Dank?

Viele werden dafür von den Arbeitgebern mit Lohndumping, Arbeitshetze und Erpressungsdruck belohnt.

Ist das fair? Ist das gerecht?

Wenn fast 80 Prozent der neuen Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor entstehen, wenn mit Leiharbeit, Werkverträgen und befristeter Beschäftigung Löhne gedrückt, Tarifverträge und Kündigungsschutz ausgehebelt werden, dann ist das weder fair noch gerecht.

Das ist dreist, frech und unverschämt!

Wenn Konzerne Rekordgewinne in Milliardenhöhe ausweisen und diese auch durch den massiven Einsatz von Leiharbeitern und Werkverträge erwirtschaften, dann ist das nicht zu akzeptieren.

Wir erleben den ersten Aufschwung, der den Menschen nicht mehr an Sicherheit und Perspektive gibt, sondern zu einem Mehr an Unsicherheit und Prekarität führt.

In Baden-Württemberg gibt es heute mehr Leiharbeit als vor der Krise. Mehr als 100.000 Beschäftigte werden hier in diese unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnisse gezwungen.

Vier von fünf dieser Leiharbeiter verdienen weniger als 2.000 Euro brutto im Monat. Und das in Vollzeit.

In Deutschland verdienen Leiharbeitnehmer fast nur die Hälfte dessen, was Festangestellte bekommen.

Jedes vierte Beschäftigungsverhältnis ist inzwischen ein geringfügiges. Ende 2010 gab es knapp 7,3 Mio. Minijobber, alleine davon in Baden-Württemberg 1,1 Millionen, ein Zuwachs von über 20% in den letzten 5 Jahren.

Ich sage: Leiharbeit, Minijobs und andere Formen prekärer Beschäftigung verstoßen gegen das Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes.

Sie verstoßen gegen jedes Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzip.

Sie zeigen keinen Respekt vor der Arbeit der Menschen.

Mit Hungerlöhnen ist ein gutes Leben nicht möglich.

Mit befristeten Jobs können Jugendliche keine Zukunft planen.

Und mit Niedriglöhnen ist Armut im Alter programmiert.

Deshalb kämpfen wir gegen die Ausdehnung des Niedriglohnsektors.

Wir wollen Equal Pay bei Leiharbeit.

Die Bundesregierung fordere ich auf: Führt endlich einen flächendeckenden Mindestlohn ein. Und zwar ausnahmslos für alle Bereiche, in denen unsere Tarifverträge nicht gelten.

Nur so kann schlimmste Ausbeutung verhindert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das ist dringlicher denn je, wenn jetzt die volle Freizügigkeit für Arbeitnehmer in der Europäischen Union startet.

Ja, wir sind für Freizügigkeit, wir wollen keine Mauern und Grenzzäune. Wir wollen uns nicht gegen unsere Nachbarn abschotten.

Ich warne aber: Freizügigkeit für Arbeitnehmer heißt nicht: Freizügigkeit für Ausbeuter und moderne Sklavenhändler.

Für alle Menschen, unabhängig woher sie kommen, muss gelten: Gleiches Geld für gleiche Arbeit.

Kolleginnen und Kollegen,

es gab eine Chance, Equal Pay auf politischem Weg zu erreichen. Schwarz-Gelb wollte das nicht. Die Regierungskoalition ließ das scheitern.

Eine Lohnuntergrenze im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz von derzeit 7,59 Euro in Westdeutschland ist ein Hohn auf Equal Pay.

Das ist „soziale Marktwirtschaft“, wie sie schwarz-gelb buchstabiert.

„Sozial“ klein – und „Wirtschaft“ ganz groß.

Unser Land braucht Investitionen in die Zukunft. In die Bildung, in die Infrastruktur, in einen ökologisch und sozial nachhaltigen Wachstumspfad.

Und unser Land kann sich dies leisten. Nicht indem die Löhne der Kindergärtnerinnen gegen notwendige Investitionen in Infrastruktur etwa im Verkehr aufgerechnet werden, sondern indem endlich die zur Kasse gebeten werden, die auch von Bildung, Infrastruktur und der Förderung innovativer Technologien profitieren, aber längst nicht den Beitrag leisten, den sie leisten könnten.

Staatliche Verteilungspolitik, zumindest eine an Arbeitnehmerinteressen orientierte, ist nicht die Verteilung von Knappheit in den öffentlichen Haushalten, sondern ein mehr an Verteilungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Etwa durch die Wiederbelebung der Vermögensteuer, einer Länderteuer. Oder durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine gerechtere Besteuerung der Kapitalerträge. Oder durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Oder durch einen gesetzlichen Mindestlohn, der allein 7,1 Milliarden mehr an Einnahmen des Staates und der Sozialkassen bedeuten würde.

Nicht nur Kasse machen, sondern seinen Beitrag leisten - das ist das Gebot sozialer Fairness.

Hier enttäuscht uns der Koalitionsvertrag von Grün-Rot. Wer sich dem Diktat der Schuldenbremse unterwirft, ohne dass er konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der Einnahmen von Kommunen, Land und Bund einfordert, der versperrt sich die Chance auf notwendige Investitionen für die Zukunft dieses Landes, für mehr sozialen Ausgleich und bessere Teilhabechancen der Menschen.

Kolleginnen und Kollegen,

was Shareholder-Value-Kapitalismus im Betrieb heißt, erleben und erleben wir auch in Stuttgart leider täglich.

Die Jagd nach dem schnellen Profit führt zur Zunahme von Billigjobs, massiver Leistungsverdichtung, ausufernden Arbeitszeiten, ja das Schließen ganzer Betriebe.

Wir Gewerkschaften müssen fragen: Können wir uns damit abfinden, dass Menschen nur Rädchen im Wirtschaftsgetriebe sind, wo manchmal ein Zacken abbricht?

Ich sage: Wirkliche Demokratie und Freiheit gibt es erst dann, wenn die Menschen in den Betrieben mitbestimmen und mitentscheiden dürfen.

Der Arbeitnehmer als Untertan – das ist ein Leitbild aus dem vorvergangenen Jahrhundert.

Vor vielen Jahren hatten wir einmal gefordert: Demokratie darf nicht am Werkstor enden.

Im Shareholder-Value-Kapitalismus ist diese Forderung aktueller denn je.

Wir müssen den Ausbau der Mitbestimmung wieder auf die Tagesordnung setzen.

Ich meine nicht nur Mitsprache über die Zahl der Menüs in der Kantine.

Oder Anhörungsrecht bei der Farbe des Bürostuhls.

Ich meine echte wirtschaftliche Mitbestimmung der Belegschaftsvertreter in den Unternehmen. Wenn es um die Zukunft von Standorten und Investitionen geht. Auch und gerade angesichts der massiven strukturellen Umbrüche vor denen nahezu alle

Branchen stehen. Soziale Nachhaltigkeit ist gefordert und dies verlangt Beteiligung der Menschen und Mitbestimmung auf Augenhöhe.

Das bedeutet aber auch, dass wir nicht wegschauen können, wenn sich jenseits der Stammebelegschaften eine Masse neuen Proletariats im Niedriglohnbereich, in prekären Beschäftigungsverhältnissen, oft ohne Betriebsrat und wirksame gewerkschaftliche Interessensvertretung bildet.

Wir brauchen wirksame Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte, etwa über die Frage ob und unter welchen Bedingungen Leiharbeiter im Betrieb eingestellt, ob und unter welchen Bedingungen Wertschöpfung durch Werkverträge an Dritte vergeben wird.

Und ich darf für die IG Metall klar und deutlich sagen: Schafft die Politik keine entsprechenden Regelungen, werden wir diese Fragen auf die tarifpolitische Agenda ab Herbst setzen:

Wir werden keine zweite Tariflinie in unseren Betrieben akzeptieren, sei es Leiharbeit, seien es Werkverträge. Wir brauchen wirkungsvollere Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats und wir werden dafür unsere gesamte gewerkschaftliche Handlungskraft einsetzen.

Es muss Schluss sein, mit Belegschaften erster und zweiter Klasse, Kolleginnen und Kollegen.

Die Frage verweist aber auch auf die schon zahlreichen weißen Flecken in denen Gewerkschaften schon gar nicht mehr, oder nur am Rande vorkommen.

In weiten Teilen von privater Dienstleistung, Logistik, IT. Hier müssen die DGB Gewerkschaften deutlich mehr Gewicht einsetzen, um Terrain zurückzugewinnen. Das geht nicht ohne ein Mehr an Mitgliedern. Und die Bereitschaft, statt gegenseitiger Abgrenzung der DGB Gewerkschaften, zusammenzuarbeiten.

Wollen wir im Südwesten keinen Wildwesten auf dem Arbeitsmarkt, dann sind zunächst wir gefordert, Kolleginnen und Kollegen !

Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai ist unser Festtag der Solidarität.

Wir sind solidarisch mit den Menschen, die gegen Diktatur und für ihre Freiheit kämpfen.

Viel zu lange hat der Westen Despoten Waffen geliefert, hat Schurken zu Freunden erklärt.

Hauptsache sie liefern Öl, sie liefern Rohstoffe und sie ziehen die Grenzzäune hoch, damit die Armut vor Europas Grenzen bleibt.

Diese zynische Politik ist am Widerstand der Völker gescheitert.

Ich sage: Wer heute meint, Krieg sei die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln, der wird wieder scheitern.

Demokratie und Freiheit lassen sich nicht herbei bomben.

Die mehr als ein Dutzend Bürgerkriege und Kriege von Mauretanien bis Afghanistan haben keine militärischen Ursachen.

Sie können deshalb auch nicht mit militärischen Mitteln beseitigt werden.

Hoffnung für die Menschen kommt nicht aus Kanonenrohren und Bombenabwurfschächten. Hoffnung kommt nicht vom Krieg.

Die Menschen wollen in Freiheit leben.

Sie wollen, dass die Reichtümer ihrer Länder gerecht verteilt sind. Und sie wollen Perspektiven haben für eine bessere Zukunft und nicht in Flüchtlingsbooten ihr Leben riskieren müssen.

Wir brauchen keine Festung Europa, sondern ein Europa, das eine aktive Friedens- und Entwicklungspolitik betreibt.

Das setzt voraus, dass Europa selbst gestärkt wird. Indem Solidarität und gegenseitige Unterstützung Wachstums- und Wohlstandsperspektiven für alle Länder Europas eröffnet.

Was wir nicht brauchen, ist Fremdenhass und Ausgrenzung. Es ist erschreckend, welchen Zulauf Rechtspopulisten und Rechtsradikale erleben. Hier müssen wir klare Kante zeigen: Wie heute in

Heilbronn. Der 1. Mai darf nicht für ausländerfeindliche Parolen und braune Aufmärsche missbraucht werden.

Von der neuen Landesregierung erwarten wir: Ergreift die Initiative und macht endlich den Weg mit frei für ein Verbot der NPD !

Kolleginnen und Kollegen,

unser Land erlebt einen wirtschaftlichen Aufschwung – wir fordern die Beteiligung der Menschen ein

Faire Löhne statt Leiharbeit und Niedriglöhne

Gute Arbeit statt Leistungsdruck und ausufernde Arbeitszeiten

Soziale Sicherheit, statt Kopfpauschale und Rentenkürzung durch die Rente mit 67

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen kämpferischen, solidarischen und motivierenden 1. Mai.

Danke schön.